

"Die Presse"-Leitartikel: Eine Generation in der Doppelmühle, von Wolfgang Böhm

Utl.: Ausgabe vom 4. Dezember 2012 =

Wien (OTS) - 15- bis 24-Jährige: Sie sollen einmal das Pensionssystem und die Wirtschaft tragen. Aber jene, die sie in Zukunft brauchen, wollen heute nicht mit ihnen teilen.

Einige hatten mehr Glück als die heute 15- bis 24-Jährigen. Ich selbst bin da keine Ausnahme. Aufgewachsen im Wohlstand, eine fixe Arbeitsstelle, Hilfe der Eltern bei der Eigentumswohnung. Gute Basis, ein wenig Stress, aber keine wirklichen Zukunftsängste. Doch der Schein trügt. Zumindest diese Zukunftsängste sollten wir haben! Denn die Art und Weise, wie unsere Generation, aber auch die unserer Eltern mit den heutigen Jugendlichen umgeht, ist verantwortungslos. Wir sind nicht bereit, kürzerzutreten, um ihnen eine Chance zu lassen. Gleichzeitig wird unsere Pension niemand mehr bezahlen, wenn nicht auch sie Wohlstand entwickeln können. Schuldige gibt es viele: die Politik, die sich vor Pensionsreformen drückt, die gut situierten Beschäftigten, die auf all dem beharren, was ihnen die fetten Jahre eingebracht haben, und auch die Wirtschaft, die nicht ausreichend Ausbildungsplätze für die Schulung von Fachpersonal anbietet.

Es ist absurd: Wir wissen, dass die demografische Zeitbombe tickt, und stellen die Uhren sogar weiter nach vorn. Es ist eine einfache volkswirtschaftliche Rechnung, dass Wachstum vor allem über mehr Menschen in Beschäftigung generiert wird. Weniger Jugendliche, die noch dazu weniger Arbeitsplätze finden, sind ein Beschleunigungsfaktor für die Rezession. Heute sind 7,5 Millionen Jugendliche EU-weit ohne Job oder Ausbildungsplatz. Sie kosten die 27 Mitgliedstaaten laut einer Studie von Eurofound bereits jetzt 153 Milliarden Euro an Transferzahlungen und geringerer Produktivität. Es ist eine Jugend in der Doppelmühle: Zum einen zermalmt die Krise ihre Chancen auf wirklich gute Jobs, zum anderen sollen sie die Pensionssysteme der Älteren erhalten, von denen sie selbst nie profitieren werden. Diese Menschen als arbeitsunwillig darzustellen ist zu schlicht. Bei einer Arbeitslosigkeit von 25 Prozent und mehr hat das weniger mit Motivation als mit wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun.

Die neue EU-Initiative für eine Jobgarantie mag gut gemeint sein, sie

setzt letztlich am falschen Ende des Problems an. Das zeigt sich am Fallbeispiel Schweden, wo es bereits eine solche Garantie gibt. Dort investiert der Staat Jahr für Jahr Milliarden in Job- und Ausbildungsprogramme für arbeitslose junge Menschen, aber das System hebt nicht ab. Die Jugendlichen werden zwar oft erfolgreich vermittelt, können auch fürs Erste aus der Arbeitslosenquote herausgerechnet werden. Ein Jahr später ist ihre Arbeitslosenrate jedoch wieder genauso hoch wie im Durchschnitt ihrer Generation. Österreichs System einer dualen Ausbildung mag da effizienter funktionieren, weil es schon früher - in der regulären Ausbildung - ansetzt. Doch auch hier zeigen sich Grenzen. Allein die Tatsache, dass bei vielen Lehrlingen der Staat und nicht die Wirtschaft für betriebliche Ausbildungsplätze sorgt, zeigt, dass es auch in diesem System hakt. Dennoch sollte der Erfolg solcher Maßnahmen nicht kleingeredet werden - ohne sie wäre die Situation auch in Österreich bedeutend schlimmer.

Um die Zukunft dieser Generation abzusichern, muss sich das System von der Geburt bis zum Berufseinstieg ändern. Es braucht ein Ausbildungssystem, in dem nicht bei Gehältern von Kindergärtnerinnen, bei Begleitlehrkräften in Volksschulen, bei einem engmaschigen Netz an Berufsschulen gespart wird, nur weil der Staat lieber in Verkehrsprojekte à la Koralmtunnel investiert. Es braucht ein Leitsystem für den Berufseinstieg, das besser auf Talente und reale Jobchancen eingeht, denn auf Problemfelder wie mangelnde Mobilitätsbereitschaft. Es braucht nicht nur vorübergehende Förderungen von Ausbildungsbetrieben, sondern ständige Entlastungen bei Lohnnebenkosten, um die Einstellung von Jugendlichen attraktiver zu machen.

Will unsere Generation im Alter eine monatliche Pension erhalten, mit der es sich leben lässt, wollen die Betriebe künftige Konsumenten beliefern, die sich ihre Waren noch leisten können, will der Staat verhindern, dass es zu Massenprotesten wie in Madrid kommt - dann müssen wir alle in die nächsten Generationen investieren. Aber nicht erst dann, wenn sie bereits ohne Job auf der Straße stehen.

~

Rückfragehinweis:

Die Presse

Chef v. Dienst

Tel.: (01) 514 14-445

<mailto:chefvomdienst@diepresse.com>

www.diepresse.com

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/447/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0252 2012-12-03/18:27

031827 Dez 12

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121203_OTS0252